

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Stamm Judith (C, LU): Kollega Dreher hat mich in seinem Votum indirekt angesprochen, weil er auf meine Aussage vom 10. März 1993 angespielt hat: «Vor der Türe des Bundeshauses steht nicht die Strasse, vor der Türe des Bundeshauses steht der Souverän.»

Herr Dreher gibt mir Gelegenheit zur Präzisierung: Vor dem Bundeshaus stand nicht der Souverän, vor dem Bundeshaus stand ein Teil des Souveräns!

Kollega Dreher hat Tausende von Frauen und Männern als krakeelenden, kreischenden Mob beschimpft. In diesem Parlament wurde über diese Aussage gelacht. Soviel ich orientiert bin, waren unter diesen Tausenden auch Ehefrauen, Töchter, Angehörige, Freundinnen und Freunde von Parlamentsangehörigen. Zwar gehöre ich zu einer Minderheit in diesem Parlament, aber stellvertretend für sie und für ihre betroffenen Angehörigen weise ich die diffamierenden Äusserungen von Herrn Kollega Dreher in aller Form zurück. (*Beifall*)

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Bär Rosmarie (G, BE): Ich werde nicht mehr materiell Stellung nehmen, aber es ist auch das Votum von Herrn Dreher, das mich veranlasst, noch einmal nach vorne zu kommen. Herr Dreher, Ihr absolut frauenverachtendes Votum hat mir gezeigt, wie recht die Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach hatte, als sie schon vor hundert Jahren feststellte: «Eine geseheite Frau hat Millionen geborener Feinde: alle dummen Männer.» (*Beifall*)

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit (keine Folge geben)	93 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (Folge geben)	53 Stimmen

93.441

**Parlamentarische Initiative
(Borel François)
Ombudsmann
Initiative parlementaire
(Borel François)
Médiateur fédéral**

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 16. Juni 1993

Auf dem Weg der parlamentarischen Initiative beantrage ich die Ausarbeitung eines Gesetzes über einen Bundesombudsmann (bzw. eine Bundesombudsstelle).

Texte de l'initiative du 16 juin 1993

Par voie d'initiative parlementaire, je demande l'élaboration d'une loi sur un médiateur fédéral (ou sur un office fédéral de médiation).

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bäumlín, Béguelin, Brügger Cyrill, Bundi, Carobbio, Caspar-Hutter, Danuser, de Dardel, Duvoisin, Eggenberger, Fankhauser, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Jöri, Ledergerber, Lee-mann, Leuenberger Ernst, Matthey, Mauch Ursula, Ruffy, Steiger Hans, Strahm Rudolf, Tschäppät Alexander, Vollmer, Zbinden, Züger (28)

Heberlein Trix (R, ZH) unterbreitet im Namen der Staatspolitischen Kommission (SPK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Wir unterbreiten Ihnen gemäss Artikel 21ter des Geschäftsverkehrsgesetzes den Bericht der vorprüfenden Kommission über die von François Borel am 16. Juni 1993 eingereichte parlamentarische Initiative.

Die Initiative verlangt die Ausarbeitung eines Gesetzes über einen Bundesombudsmann (bzw. eine Bundesombudsstelle). Die Kommission hat den Initianten am 26. Mai 1994 angehört.

Begründung des Initianten

1. In der Folge von verschiedenen parlamentarischen Vorstössen (O. Fischer 1972, Hubacher 1973 und Schalcher 1977) entschied der Bundesrat 1977, einen Gesetzentwurf über einen Bundesombudsmann in die Vernehmlassung zu schicken. Die Ergebnisse der Vernehmlassung fanden breite Zustimmung. Trotzdem hat der Bundesrat weder einen definitiven Entwurf noch eine Botschaft zuhanden des Parlaments ausgearbeitet. Ein solcher Entwurf wurde weder in die Legislaturplanung 1983–1987 noch in jene für 1987–1991 aufgenommen.

2. Nach zehnjähriger Unschlüssigkeit des Bundesrates hat Ständerat Gadiant, um das Thema erneut zur Sprache zu bringen, 1988 in einer Motion (88.333) die Schaffung eines eidgenössischen Ombudsmanns verlangt.

3. Obwohl die Räte der Motion Gadiant zustimmten, nahm der Bundesrat das Geschäft nicht in die Legislaturplanung 1991–1995 auf.

4. Nach Aussagen aus dem EJPD liegt ein praktisch vollständiger Gesetzentwurf vor. Es müsse nur noch politisch über ein paar Detailfragen entschieden und die Botschaft verfasst werden. Auf Drängen verschiedener parlamentarischer Kommissionen hin hat der Bundesrat die Botschaft zunächst auf Frühjahr 1992, dann auf Herbst des gleichen Jahres und, erst kürzlich, während der Sommersession 1993, für «bald» versprochen. Nach Auskunft der betroffenen Dienststellen scheint indessen im Hinblick auf eine entsprechende Vorlage bis Ende der Legislaturperiode nichts eingeplant zu sein.

5. Seit die Räte der Motion Gadiant zugestimmt haben, sind auf diesem Gebiet verschiedene Initiativen ergriffen worden. Als Beispiele seien genannt: die EMD-Studie über die Schaffung eines Ombudsmanns für Militärfragen sowie im Juni 1993 – entgegen der Stellungnahme des Bundesrates – die Verabschiedung einer Motion durch den Nationalrat, welche die Schaffung einer Ombudsstelle gegen den Rassismus verlangt. Solange keine Gesamtlösung gesucht wird, besteht die Gefahr einer Zunahme unbefriedigender Teillösungen.

6. Es ist Zeit, dass nun das Parlament die Sache an die Hand nimmt, damit:

- der Gesetzentwurf aus den Schubladen des EJPD hervorgeholt wird;
- die verschiedenen, in die gleiche Richtung gehenden Vorschläge koordiniert werden;
- politisch über die verbleibenden Detailfragen entschieden werden kann.

Die Unentschlossenheit und der passive Widerstand unserer Regierung in den letzten sechzehn Jahren sollten hiermit ein Ende nehmen.

*Erwägungen der Kommission**Beurteilung des Regelungsbedarfes*

Die eidgenössischen Räte haben sich schon wiederholt für die Schaffung einer Ombudsstelle ausgesprochen. Bereits 1977 hat der Bundesrat aufgrund zahlreicher parlamentarischer Vorstösse einen Entwurf für ein Gesetz zur Schaffung einer solchen Stelle in die Vernehmlassung geschickt. Obwohl das Projekt gut aufgenommen wurde, folgte kein definitiver Entwurf. Um das Thema erneut zur Sprache zu bringen, verlangte Ständerat Gadiant 1988 in einer Motion, dass der Bundesrat den eidgenössischen Räten einen Entwurf für ein Bundesgesetz über den eidgenössischen Ombudsmann vorzulegen habe. Die Motion wurde von beiden Räten überwiesen. Weitere seither überwiesene parlamentarische Vorstösse zur Schaffung von Ombudsstellen in bestimmten Gebieten (Om-

budsstelle gegen Rassismus, Ombudsmann in der Armee) weisen auf einen Handlungsbedarf hin.

Da den Räten jedoch nach wie vor kein Gesetzentwurf für eine Ombudsstelle vorliegt, erachtet es die Kommission als notwendig, dass das Parlament wieder aktiv wird. Indem der vorliegenden Initiative Folge gegeben wird, soll deutlich gemacht werden, dass das Parlament die vertrauensfördernde Institution einer Ombudsstelle als wichtig erachtet und dass die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes speditiv angegangen werden sollte.

Weiteres Vorgehen

Gemäss Artikel 21ter GVG hat die Kommission insbesondere zu berichten über allfällige bisherige Arbeiten von Parlament und Verwaltung zum aufgeworfenen Thema, über Zeitplan und Aufwand der parlamentarischen Arbeit und über die Möglichkeit, das angestrebte Ziel mit einem an den Bundesrat gerichteten Vorstoss zu erreichen.

Der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes informierte mit Schreiben vom 18. August 1993 die Staatspolitische Kommission des Nationalrates nach einer entsprechenden Anfrage derselben über den Stand der gesetzgeberischen Arbeiten im Bereich der Schaffung einer Ombudsstelle. Demnach ist das entsprechende Rechtssetzungsprojekt nicht als prioritäres Geschäft der laufenden Legislaturperiode eingestuft. Allerdings erklärt sich das EJPD aufgrund des in jüngster Zeit gewachsenen Interesses bereit, das Projekt Ombudsstelle zu realisieren, und hat die Verabschiedung des Gesetzentwurfes und der Botschaft durch den Bundesrat im Oktober 1994 in Aussicht gestellt. Wird dieser Fahrplan eingehalten, so kann das Anliegen des Initianten in absehbarer Zeit erfüllt werden. Wenn der Initiative Folge gegeben wird, entsteht also voraussichtlich kein weiterer Aufwand; die Initiative kann als erfüllt abgeschrieben werden, wenn das Parlament einen vom Bundesrat vorgelegten Gesetzentwurf verabschiedet haben wird.

Da beide Räte die Motion Gadiant überwiesen haben, hat der Bundesrat bereits den verbindlichen Auftrag, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Eine weitere Motion würde deshalb keinen Sinn machen.

Wenn der Rat der Initiative Folge gibt und wenn der Bundesrat die Vorlage eines Gesetzentwurfes entgegen dem Auftrag der eidgenössischen Räte über Gebühr verzögern sollte, kann die Kommission die vorliegende Initiative in Form einer eigenen Vorlage realisieren. Aufgrund von Artikel 21quater Absatz 5 des Geschäftsverkehrsgesetzes ist die Kommission gehalten, spätestens nach zwei Jahren eine Vorlage zu unterbreiten oder dem Rat Antrag zu stellen, die Initiative abzuschreiben oder die Frist zu verlängern.

Heberlein Trix (R, ZH) présente au nom de la Commission des institutions politiques (CIP) le rapport écrit suivant:

Conformément à l'article 21ter de la loi sur les rapports entre les conseils, nous vous soumettons le rapport établi par la commission chargée de l'examen préalable de l'initiative parlementaire déposée le 16 juin 1993 par M. François Borel.

Par cette initiative, M. Borel demande que soit élaborée une loi sur un médiateur fédéral (ou sur un office fédéral de médiation).

La commission a entendu l'auteur de l'initiative le 26 mai 1994.

Développement de l'auteur de l'initiative

1. A la suite de diverses interventions parlementaires (O. Fischer en 1972, Hubacher en 1973 et Schalcher en 1977), le Conseil fédéral a décidé en 1977 de mettre en procédure de consultation un projet de loi sur un médiateur fédéral. Les résultats de la consultation ont été largement positifs. Le Conseil fédéral n'a pas pour autant préparé de projet définitif ni de message à l'attention du Parlement à ce sujet. Il n'y fait figurer un tel projet ni dans le programme de législature 1983-1987, ni dans celui pour 1987-1991.

2. Après une décennie d'indécision du Conseil fédéral, et pour réactiver le dossier, M. Gadiant, député au Conseil des Etats, a déposé en 1988 une motion réclamant l'institution d'un médiateur fédéral. Combattue par le gouvernement, cette motion a

cependant été acceptée par le Conseil des Etats la même année, puis par le conseil national un an plus tard.

3. Malgré l'approbation de la motion Gadiant par les deux Chambres, le Conseil fédéral n'a pas fait figurer l'objet dans le programme de législature 1991-1995.

4. Aux dires du DFJP, un projet de loi est pratiquement prêt. Il resterait à prendre quelques décisions politiques de détail et à rédiger le message. Sous la pression de diverses commissions parlementaires, le Conseil fédéral a promis la publication du message pour le printemps 1992, puis pour l'automne de la même année, puis plus récemment encore, lors de la session d'été 1993, pour «bientôt!». Cependant, selon les informations reçues des services concernés, rien n'est planifié dans ce domaine pour une publication avant la fin de la législature.

5. Diverses initiatives relevant du même domaine ont été prises depuis l'approbation par les Chambres de la motion Gadiant. Je citerai comme exemple l'étude par le DMF en vue de l'instauration d'un médiateur pour les questions militaires, et le vote par le Conseil national en juin 1993 d'une motion demandant la création d'un office de médiation contre le racisme, ceci contre l'avis du gouvernement. En négligeant de chercher une solution d'ensemble, on court le risque de voir se multiplier les solutions partielles.

6. Il me paraît temps que le Parlement se saisisse du dossier pour:

a. sortir le projet de loi de son enlèvement dans les méandres du DFJP;

b. coordonner les diverses propositions allant dans le même sens;

c. prendre les quelques décisions politiques de détail qu'il reste encore à prendre;

de manière à mettre fin à seize ans d'hésitations ou de résistance passive de notre gouvernement.

Considérations de la commission

Evaluation de la nécessité de légiférer

Les Chambres fédérales se sont déjà prononcées à plusieurs reprises en faveur de la création d'un organe fédéral de médiation. Suite aux nombreuses interventions déposées en ce sens, le Conseil fédéral avait d'ailleurs envoyé en consultation dès 1977 un projet de loi visant à mettre sur pied un tel organe. Bien qu'ayant reçu un accueil favorable, le projet ne connut pas de suite. Désireux de voir l'affaire remise sur le tapis, M. Gadiant, député au Conseil des Etats, déposa en 1988 une motion par laquelle il demandait que le Conseil fédéral fût invité à présenter à l'Assemblée fédérale un projet de loi instituant un ombudsman fédéral, motion qui fut transmise au Conseil fédéral par l'une et l'autre Chambres. Depuis, d'autres interventions ont été déposées, proposant la création d'organes de médiation dans des domaines particuliers (médiateur fédéral contre le racisme, ombudsman dans l'armée), ce qui semble indiquer qu'il y a là une lacune à combler.

Aucun projet n'ayant toutefois été soumis aux Chambres fédérales à ce jour, la commission considère qu'il est temps pour le Parlement de se manifester à nouveau. En donnant suite à la présente initiative, le Parlement indiquera que la création d'un organe de médiation ne lui est pas indifférente, et qu'il convient en conséquence que le Conseil fédéral s'attelle dans les meilleurs délais à l'élaboration d'un projet de loi.

Marche à suivre

Selon l'article 21ter LREC, la commission doit notamment faire rapport sur l'état des travaux sur le même objet dans l'Assemblée fédérale et dans l'administration, sur l'ampleur et le calendrier du travail parlementaire qu'imposerait l'initiative, et sur la possibilité de transformer l'initiative en motion ou postulat pour atteindre le but visé.

La Commission des institutions politiques ayant demandé à connaître l'état des travaux législatifs en matière de création d'un organe fédéral de médiation, le chef du Département fédéral de justice et police lui a adressé le 18 août 1993 une lettre d'où il ressortait que ce projet ne figurait pas parmi les priorités de la législature actuelle. Eu égard à l'intérêt croissant qu'il suscitait depuis peu, le DFJP ne s'en déclarait pas moins disposé à le traduire dans les faits, laissant même entendre que le

Conseil fédéral pourrait approuver le projet de loi et le rapport explicatif au mois d'octobre 1994. Si ce calendrier est respecté, l'objectif visé par l'auteur de l'initiative sera atteint assez vite. En d'autres termes, donner suite à l'initiative n'entraînerait aucun volume de travail supplémentaire, et il sera possible de classer l'initiative dès que le Parlement aura adopté le projet de loi que lui soumettra le Conseil fédéral.

Les deux Chambres ayant transmis au Conseil fédéral la motion Gadiant, celui-ci a déjà été chargé expressément de présenter un projet de loi. Il n'y a donc pas lieu de transmettre une autre motion sur ce sujet.

En donnant suite à l'initiative, le conseil permettrait à la commission de présenter son propre projet, pour le cas où le Conseil fédéral tarderait trop à soumettre le sien au Parlement. Selon l'article 21quater alinéa 5 LREC, la commission a deux ans pour présenter son projet; passé ce délai, elle doit proposer au conseil, soit de classer l'initiative, soit de prolonger ce délai.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 16 zu 1 Stimmen bei 4 Enthaltungen, der Initiative Folge zu geben.

Antrag Sandoz

Der Initiative keine Folge geben

Proposition de la commission

La commission propose, par 16 voix contre 1, et avec 4 abstentions, de donner suite à l'initiative.

Proposition Sandoz

Ne pas donner suite à l'initiative
Développement par écrit

1. Au moment où les finances fédérales sont dans un état catastrophique, où le Conseil fédéral cherche à réorganiser l'administration afin de supprimer de nombreux postes (voir la réorganisation du DMF), il est irresponsable de demander la création, par voie législative, d'un office, voire d'un poste qui causera une augmentation considérable du travail de l'administration.

2. Il est évident qu'il n'y a aucune similitude entre l'initiative parlementaire Borel François et la motion du Conseil national de juin 1993 demandant la création d'un médiateur en matière de racisme; le médiateur selon l'initiative Borel François devrait intervenir dans les rapports entre l'administration et les administrés, alors que le médiateur en matière de racisme devrait intervenir dans le cadre des relations entre administrés seulement. C'est une tout autre mission. Il n'y a aucun rapport entre les deux médiateurs. La présente initiative ne concerne pas le médiateur en matière de racisme.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Sandoz
(keine Folge geben)

85 Stimmen

Für den Antrag der Kommission
(Folge geben)

65 Stimmen

92.438

Parlamentarische Initiative (Zisyadis) Einführung des Mindesteingliederungseinkommens Initiative parlementaire (Zisyadis) Instauration du revenu minimum d'insertion

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Wortlaut der Initiative vom 1. September 1992

Gestützt auf Artikel 21bis des Geschäftsverkehrsgesetzes reiche ich eine parlamentarische Initiative in der Form der allgemeinen Anregung zur Einführung des Mindesteingliederungseinkommens ein und verlange die Schaffung aller dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen. Die Eidgenossenschaft wird ersucht, für Personen im Erwerbsalter, die arbeitsfähig sind, ein Mindesteingliederungseinkommen zu schaffen. Es soll der Eingliederung dienen. Der Nutzniesser dieses neuen Rechtes wird vertraglich zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet. Unter bestimmten Bedingungen ist der Vertrag erneuerbar. Die Finanzierung wird durch Bund, Kantone und Gemeinden ebenso wie durch private Gesellschaften gewährleistet.

Texte de l'initiative du 1er septembre 1992

Conformément à l'article 21bis de la loi sur les rapports entre les conseils, je demande, au moyen d'une initiative parlementaire conçue en termes généraux, que l'on procède à l'instauration du «revenu minimum d'insertion» (RMI) en édictant toutes les bases légales nécessaires.

La Confédération est invitée à créer, pour les personnes en âge d'activité professionnelle et aptes à travailler, un RMI. Sa finalité est l'insertion et l'intégration. Le bénéficiaire de ce droit nouveau doit s'engager, par contrat renouvelable sous conditions, à des travaux d'utilité publique. Son financement est assuré par la Confédération, les cantons, les communes ainsi que par les associations privées.

Segmüller Eva (C, SG) unterbreitet im Namen der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Gestützt auf Artikel 21ter des Geschäftsverkehrsgesetzes unterbreiten wir Ihnen unseren Bericht vom 12. November 1993. Am 1. September 1992 hat Herr Zisyadis seine parlamentarische Initiative eingereicht.

Die Kommission hörte den Initianten am 11. November 1993 an.

Begründung des Initianten

Die Bekämpfung der Armut fällt im Rahmen der Sozialhilfe heute in den Zuständigkeitsbereich der Kantone und Gemeinden. Sie sind damit überfordert, dies zeigt sich gerade in der aktuellen Beschäftigungskrise. Es ist daher notwendig, auch auf nationaler Ebene einen Plan auszuarbeiten, um die Armut zu bekämpfen und die soziale Integration zu verbessern.

Es muss schnell ein Weg gefunden werden, den vom Wirtschaftsprozess Ausgeschlossenen ein Mindesteinkommen zu garantieren, ihnen aber zugleich auch die Gelegenheit zu bieten, dieses durch den eigenen Einsatz selbst zu verdienen. Auf diese Weise kann die Ausbreitung der Armut bekämpft werden; im gleichen Zug können auch – z. B. im Sozialbereich – dringend benötigte Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden.

Sinnvollerweise wären die Rahmenbedingungen für die Ausrichtung eines Mindesteingliederungseinkommens in einem neuen Bundesgesetz festzulegen. Allenfalls wäre eine gesetz-

Parlamentarische Initiative (Borel François) Ombudsmann

Initiative parlementaire (Borel François) Médiateur fédéral

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.441
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.10.1994 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1860-1862
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 537

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.